

Frau Massow berichtete dem Integrationsrat vom aktuellen Stand des Prozesses „Siegel interkulturell orientiert“ und einer möglichen Beendigung der Teilnahme an dem Prozess.

Der Integrationsrat nahm den ersten Teil des Beschlussvorschlages zur Kenntnis.

Herr Haacke betonte im Anschluss, dass er die Argumentation hinsichtlich des Ausstieges aus dem Siegelprozess aufgrund der Personalsituation nicht gelten lassen möchte und die Empfehlung des Ausstieges nicht befürwortet. Er sieht im Siegelprozess eine Daueraufgabe und appellierte an die Verwaltung, einen Kompromissvorschlag vorzuschlagen. Zudem könne man durch die Auszeichnung die Arbeitgeberattraktivität der Stadtverwaltung steigern.

Frau Bergmann-Gries sah einen Realitätskonflikt zwischen der Wichtigkeit des Siegels und der Personalsituation in Sankt Augustin und stellte die bisher erreichten Maßnahmen in Bezug auf die interkulturelle Öffnung der Verwaltung als positiv hervor. Sie schlug als Kompromiss vor, den zweiten Beschlussvorschlag umzuformulieren und nur einen Ausstieg zu empfehlen, der vorübergehend stattfinden soll. Man könnte so auf die künftige Personalsituation reagieren. Ebenso verwies sie auf die Integrationsratswahlen im Jahr 2025 und darauf, Menschen mit Migrationshintergrund diesbezüglich mitzunehmen beziehungsweise erreichen zu wollen.

Herr Dr. Eßer betonte im Anschluss, dass der Ausstieg nicht nur alleinig an der Stellenvakanz festgemacht wird. Die interkulturellen Errungenschaften durch den Siegelprozess sind bereits in die DNA der Stadt übernommen worden. Er zeigte weiterhin Verständnis für die Schwierigkeit des Aufgebens des Prozesses, sieht hier jedoch eine Konsolidierung angebracht und schlägt vor, den Beschlussvorschlag so abzuändern, dass in Zukunft eine erneute Re-Zertifizierung überdacht werden soll.

Frau Massow stellte im Anschluss klar, dass es keine vertragliche Bindung zum Siegelprozess gibt. Es wurde zugesagt, zur Niederschrift mitzuteilen, ob eine zwischenzeitliche Pausierung der Teilnahme am "Siegel interkulturell orientiert" sowie eine nahtlose Re-Zertifizierung in 2027 möglich sind. Auf Nachfrage teilte die Integrationsagentur der Diakonie mit, dass eine Pausierung möglich ist und bereits in einer Kommune aufgrund personeller Veränderungen umgesetzt wurde. Eine Re-Zertifizierung in 2027 ist ebenfalls grundsätzlich möglich. Voraussetzungen dafür sind, dass es eine Ansprechperson in der Kommune für den Siegelprozess gibt, Meilensteine geplant und realisiert werden und eine Teilnahme am Arbeitskreis auf Kreisebene erfolgt.

Herr Willenberg folgte der Argumentation von Herrn Dr. Eßer, bestätigte das erhebliche Maß an Erreichtem beim Thema der interkulturellen Öffnung der Verwaltung und verwies auf einen möglichen Wiedereinstieg in den Siegelprozess. Auch im Hinblick auf die schwierige finanzielle Haushaltsslage, sollte man dem aktualisierten Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen.

Herr Haacke fragte, wann man wieder in den Prozess einsteigen müsste, um 2027 weiterzertifiziert zu werden. Er würde unter den Umständen eines möglichen Wiedereinstieges dem Vorschlag von Herrn Dr. Eßer zustimmen.

Herr Dr. Eßer betonte noch einmal, dass Integrations- und Sozialbereiche nicht geschwächt werden, sondern eine Konsolidierung mit anstehenden Kapazitäten für neue Aufgaben durchgeführt werden sollen. Man werde das Thema auch im Sozialausschuss einbringen und sich rechtzeitig an den Integrationsrat wenden, um über eine mögliche Re-Zertifizierung für 2027 zu informieren.

Herr Geißelmann schlägt vor, den Beschlussvorschlag in der Hinsicht abzuändern, dass nicht der Integrationsrat den Ausstieg empfiehlt, sondern die Verwaltung. Der Integrationsrat nähme

es dann zur Kenntnis und würde sich noch einmal über die Re-Zertifizierungsmöglichkeiten nach 2026 von der Verwaltung in Kenntnis setzen lassen.

Der Vorschlag von Herr Bamberg, den Beschlussvorschlag Nr. 2 komplett fallenzulassen, wurde vom Integrationsrat abgelehnt, da man der Verwaltung zu dem Thema eine Handlungsweisung geben wollte.

Der Integrationsrat einigte sich auf den geänderten Beschlussvorschlag für den zweiten Beschluss und ließ darüber abstimmen.